



# Geschichte original

## Quellen für den Unterricht

Bei den Reichstagswahlen am 6. November entfallen 33,1 Prozent der Stimmen auf die NSDAP. Obwohl das Wahlergebnis weithin als Teilniederlage der NSDAP, die gegenüber den Wahlen vom Juli 1932 mehr als 4 Prozent der Stimmen verloren hatte, wahrgenommen wird, destabilisiert sich die Lage der von Franz von Papen geführten Reichsregierung, der weiterhin eine parlamentarische Mehrheit fehlt.

Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt den General und bisherigen parteilosen Reichswehrminister Kurt von Schleicher zum Reichskanzler. Auch das von Schleicher gebildete Kabinett hat keine parlamentarische Mehrheit.

Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler. Hitler bildet eine Koalitionsregierung mit der DNVP. Dem Kabinett gehören zunächst nur drei Nationalsozialisten an: neben Hitler Wilhelm Frick (Reichsinnenminister) und Hermann Göring (ohne Geschäftsbereich).

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar brennt der Reichstag. Die Schuld hieran wird den Kommunisten zugeschrieben. Am 28. Februar ergeht die Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“ (Reichstagsbrandverordnung), mit der wesentliche Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.

Bei den Reichstagswahlen gewinnt die NSDAP gegenüber dem November 1932 10,8 Prozent der Stimmen hinzu, verfehlt mit 43,9 Prozent aber die absolute Mehrheit.



Bei den Reichstagswahlen am 6. November liegt die NSDAP in Baden mit 34,1 Prozent der Stimmen deutlich vor den beiden Regierungsparteien Zentrum (27,8 Prozent) und SPD (13,0 Prozent). Am 27. November beschließt der Landesparteitag der SPD, wegen der Konkordatsfrage die Koalition mit dem Zentrum aufzulösen. Die SPD scheidet kurz darauf aus der badischen Landesregierung aus.

Es kommt zu einer Saalschlacht zwischen SA und Arbeitern in Offenburg.

In der letzten freien Sitzung des Landtags am 3. Februar verwarft sich Staatspräsident Josef Schmitt gegen Forderungen der regionalen nationalsozialistischen Presse, schärfer gegen die KPD vorzugehen und leitende Beamte, darunter den Generalstaatsanwalt, zu entlassen. Schmitt weist auch die Forderung nach Einsetzung eines Reichskommissars für Baden als vollkommen haltlos zurück.

Bei den Reichstagswahlen erreichen in Baden die NSDAP 45,4, das Zentrum 25,4 und die SPD 11,9 Prozent der Stimmen. Am 6. März bringen Parteiformationen der NSDAP Hakenkreuzflaggen an öffentlichen Gebäuden in Karlsruhe und anderen Städten an.

## »... bis auf weiteres verboten!« Die »Gleichschaltung« der Presse in Südbaden

M 1

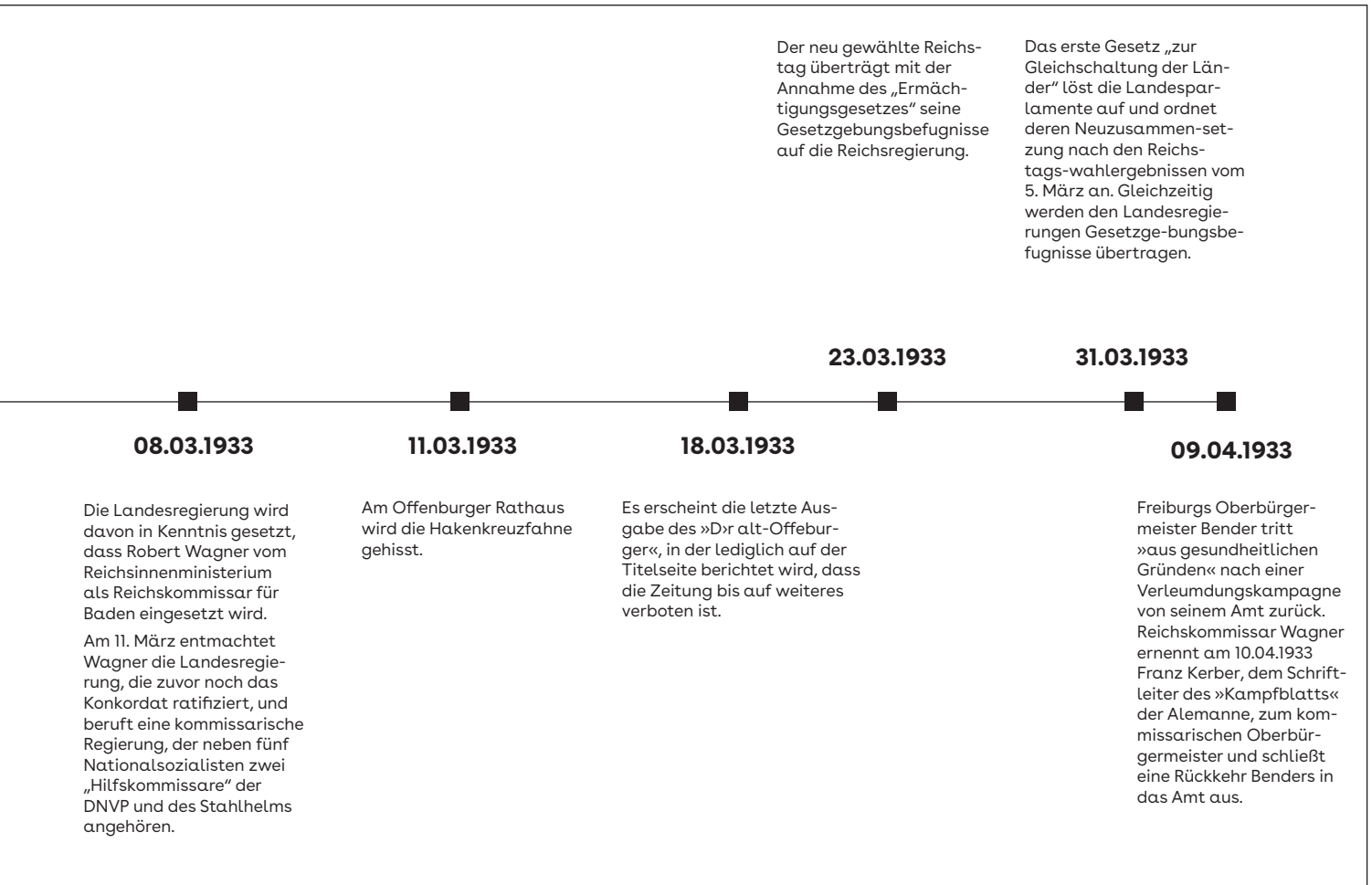
*Artikel 5: (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Ein Zensur findet nicht statt.*

M 2

*Es ist das souveräne Recht des Staates, die öffentliche Meinung, um nicht zu sagen, zu kontrollieren, so doch wenigstens in ihrer Gestaltung gewissermaßen zu überwachen und dafür zu sorgen, dass sie nicht in Wege hineingerät, die Staat und Volk und dem Allgemeinen abträglich sein könnten. Wenn heute in Journalistenkreisen Klage darüber geführt wird, dass das Bild der deutschen Presse zu uniform geworden sei, so muss ich dem gegenüberhalten, dass das nicht im Willen der Regierung gewesen ist. Ich kann doch nichts dafür, wenn Zeitungen, die früher gegen die nationalsozialistische Bewegung Sturm gelaufen sind, heute päpstlicher sein wollen als der Papst.*

M 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

M 2 Aus einer Rede Joseph Goebbels' (NSDAP) vor Vertretern der deutschen Presse am 4. Oktober 1933 in Berlin (Verkündung des »Schriftleitergesetzes«)



### »Vierte« Gewalt

Medien gelten landläufig neben der Exekutive, Legislative und Judikative als vierte staatliche Gewalt. Wenngleich Medien im Allgemeinen und die Presse im Besonderen in liberalen Demokratien keinen staatlichen Auftrag zur Kontrolle der drei Gewalten besitzen, informiert eine freie und kritische Berichterstattung die Bürgerinnen und Bürger über politische Entscheidungsprozesse und trägt maßgeblich zur Meinungs- und Willensbildung bei. Durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist sowohl die freie Meinungsäußerung als auch die Pressefreiheit geschützt (M 1). In illiberalen Demokratien hingegen und insbesondere in Diktaturen wurden in der Vergangenheit und werden in der Gegenwart (digitale)

Medien als Propaganda- und Erziehungsinstrumente missbraucht.

### Nazifizierung der Presse ...

Unmittelbar nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurden sukzessive die Freiheitsrechte der Medien in Deutschland beschnitten und *gleichgeschaltet*. Wenige Tage nach der *Machtergreifung* durch die Nationalsozialisten ermöglichte die Notverordnung vom 4. Februar zum *Schutze des Deutschen Volkes* massive Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit. Wenige Wochen später führte die *Reichstagsbrandverordnung* am 28. Februar zur Aufhebung der in der Weimarer Verfassung fest verankerten Pressefreiheit, bevor es am 23. März durch das *Ermächtigungsgesetz* der Reichsregie-

rung fortan möglich war, Gesetze ohne das Parlament zu erlassen. Die letzte Etappe zur Nazifizierung und *Gleichschaltung* der Presse in Deutschland stellte das *Schriftleitergesetz* vom 4. Oktober dar, welches staatlich regelte, wer für die Öffentlichkeit schreiben und publizieren durfte (M 2).

Im vorliegenden Beitrag soll anhand ausgewählter Artikel aus der Regionalpresse Offenburgs und Freiburgs im Breisgau unterrichtlich der Frage nachgegangen werden, wie sich die *Gleichschaltung* der Presse in Südbaden vollzog. Ein besonderer Fokus wird hierbei auf die Monate unmittelbar vor und nach der *Machtergreifung* im Jahr 1933 gerichtet, um auch Möglichkeiten widerständigen Verhaltens in der Frühphase nationalsozialistischer Herrschaft (M 7–M 8) durch die Macht der Worte in der Tagespresse zu erörtern.

**... in Südbaden: Offenburg**

Die Bevölkerung Offenburgs betrug im Jahr 1925 knapp 17.000 Einwohner und war in der Mehrzahl (73,9 Prozent) katholisch. Mit der *Offenburger Zeitung* war in der *Hochburg des politischen Katholizismus* (Scholtzky) auch das führende Blatt Mittelbadens ansässig. Mit dem liberalen *Offenburger Tageblatt* und dem sozialdemokratischen *D'r alt Offenburger* besaß die Ortenaumetropole in der Weimarer Republik eine politisch vielfältige Presselandschaft.

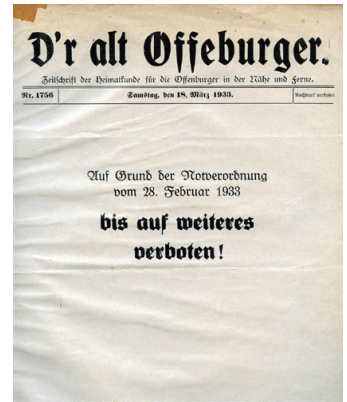
Wie vielstimmig dort politisch bis unmittelbar kurz vor der *Machtergreifung* noch über das Tagesgeschehen berichtet wurde, zeigt sich beispielsweise an der bis dato schwersten Saalschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten im Dreikönigssaal in Offenburg am 20. Januar 1933. Im Verlauf dieser Massenschlägerei wurden 40 Personen zum Teil schwer verletzt. Die örtliche Sicherheitspolizei beendete schließlich die Kundgebung. Unmittelbar im Anschluss berichtete *D'r alt Offenburger* spöttisch über die Veranstaltung von einer ersten *Kostprobe der Hakenkreuzkultur des 3. Reiches*. Im *Offenburger Tageblatt* hingegen wurden sowohl ein Schreiben der örtlichen NSDAP als auch der Kommunistischen Partei zu den Vorkommnissen am Vorabend gedruckt (M 6a–c).

Gerade das sozialdemokratische Wochenblatt *D'r alt Offenburger*, seit 1899 von Adolf Geck (M 4) verlegt, wurde als erste Offenburger Zeitung bereits am 18. März 1933 durch die Nationalsozialisten verbo-

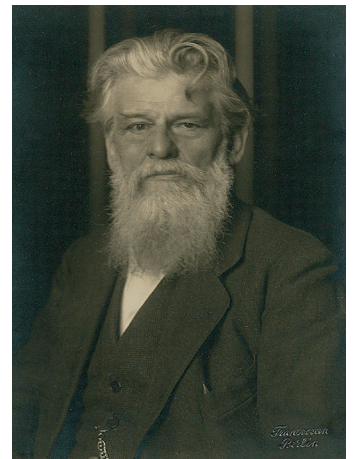
ten (M 3). Doch gerade bis zur sogenannten Verbotsausgabe am 18. März war *D'r alt Offenburger* weiter Sprachrohr oppositioneller Stimmen, die sich beißend ironisch, gar spöttisch zum politischen Geschehen in Deutschland und zur neuen Reichsregierung mit Reichskanzler Adolf Hitler äußerten (M 7–M 8). Aber auch über lokale Ereignisse, wie das symbolische Hissen der Hakenkreuzfahne am Rathaus Offenburgs, wurde am 11. März, eine Woche vor dem Verbot der Zeitung, berichtet und diese bisweilen scharf kritisiert (M 8).

**... in Südbaden: Freiburg im Breisgau**

Die Freiburger Bürgerschaft war überwiegend im Katholizismus verankert und wählte bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen traditionell mehrheitlich das Zentrum. Aus diesem Grund fiel es den Nationalsozialisten vergleichsweise schwer, in Freiburg Fuß zu fassen. So blieb die NSDAP bei den beiden Reichstagswahlen im Juli und November 1932 mit 29,6 Prozent bzw. 22,4 Prozent sogar noch unter dem Landesdurchschnitt. Erst bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erreichte sie mit 35,8 Prozent der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis und wurde stärkste Partei in Freiburg. Dies gelang vor allem deshalb, weil ihr – wie in vielen anderen Teilen Deutschlands auch – die Mobilisierung der bisherigen Nichtwähler gelang und sie Gewinne zu Lasten von DVP und DNVP verbuchen konnte. Jedoch auch hier lag das Freiburger Wahlergebnis ca. 10 Prozent unter dem badischen.



M 3



M 4

**M 3** Letzte Ausgabe der sozialdemokratischen Zeitung »D'r alt Offenburger« vom 18. März 1933.

**Vorlage:** Stadtarchiv Offenburg

**M 4** Adolf Geck (SPD), Verleger des »D'r alt Offenburger«.

**Vorlage:** Stadtarchiv Offenburg, 19/1/05.07.06-05

**M 5** Bericht aus der »Offenburger Zeitung« vom 21. Januar 1933 über eine Saalschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Offenburg am 20. Januar 1933.

**M 5**

*Während des Referats Klötzners, der über sowjetrussische Zustände sprach, wurden von Kommunisten Zurufe gemacht. Schließlich wurde der Lärm allgemein und SA [Sturmabteilung] griff ein, um die anwesenden Kommunisten, die in großer Zahl erschienen waren, herauszudrängen. Darauf kam es zu einer allgemeinen Schlägerei, in deren Verlauf es ungef. [jähr] 40 Verletzte gab. Die alarmierte Sicherheitspolizei räumte den Saal von den Ruhestörern, woraus die Nationalsozialisten ihre Versammlung fortsetzten. Unglaublich, aber leider wahr: In Offenburg hat man sich im Streit um die Zustände in Sowjetrussland die Köpfe blutig geschlagen! Es war schon vornherein klar, dass die gestrige Versammlung der NSDAP kein gutes Ende nehmen würde. Schon der Text der Plakate mit der Herausforderung der Kommunisten zur Diskussion hatte die Gemüter außerordentlich erregt. Man konnte drohende Reden genug hören, und am Abend bewegten sich starke Trupps von Kommunisten, zum Teil in geschlossenem Zug, in die Versammlung. Und dann kam, was kommen musste. Die scharfe Sprache des Redners wie die mangelnde Disziplin der kommunistischen Versammlungsbesucher führten zur Saalschlacht.*

**M 6a**

*In ruhiger und friedlicher Weise schilderte Klötzner seine Erlebnisse im Sowjetparadies. [...] Furchtbar geißelte Klötzner die verschiedenen Einrichtungen der Sowjets, die nicht nach dem Gesichtspunkte der Diktatur des Proletariats aufgebaut sind. [...] Wenn auch durch Zwischenrufe anfänglich der Redner unterbrochen wurde, so konnte er seine Ausführungen doch fortsetzen. Je mehr die anwesenden Moskaujünger jedoch die Wahrheit über Russland hörten, desto unruhiger wurden sie. Hierbei war es besonders ein Schreier, der immer mehr auffiel. Als endlich des Guten zuviel wurde und man den Mann aus dem Saal entfernen wollte, da flogen auch schon die Biergläser auf unsere SA [Sturmabteilung] und die schönste Saalschlacht war entbrannt. Allerdings dauerte dieser kommunistische Spuk, der inszeniert wurde, weil man sich vor einer Diskussion drücken wollte, nur ein paar Minuten. Gegen eine dreifach Übermacht setzte sich die SA und SS [Schutzstaffel] durch, räumte den Saal und draußen waren die Schreier.*

**M 6b**

*Die Arbeiterschaft bewahrte die denkbar größte Ruhe und ließ sich nicht provozieren. Der Redner der Nationalsozialisten [...] jedoch hetzte in einer solchen Art, wie das bisher in der hiesigen Versammlungsgeschichte noch nicht zu verzeichnen war. [...] Die Offenburger Kommunisten, die auf die Einladung hin in die Versammlung gingen, nannte er Idioten, dämliche Schnauzen, gemeine Hunde, halbverrückte Kerle usw. [...] Als der Redner der Nationalsozialisten [Klötzner] mit seiner Redeprovokation nicht zu dem von ihm gewünschten Ziele kam, gab er der SA [Sturmabteilung] direkten Befehl zum Angriff. Die Arbeiter saßen dichtgedrängt zwischen den sehr eng gestellten Tischen und diese waren bald gegenüber dem Überfall der Nationalsozialisten im Nachteil.*

**M 6a** Aus der Berichterstattung des »Offenburger Tageblatts« vom 21. Januar 1933, Abdruck eines Schreibens der NSDAP zur Saalschlacht am 20. Januar 1933, gekürzt.

**M 6b** Aus einem Beitrag der Kommunistischen Partei im »Offenburger Tageblatt« vom 21. Januar 1933.

**M 6c** Darstellung der Saalschlacht vom 20. Januar 1933 aus der »Festschrift der NSDAP-Ortsgruppe Offenburg« anlässlich des zehnjährigen Bestehens.

**Vorlage:** Stadtarchiv Offenburg 13/0402



Die Saalschlacht im Dreikönigsaal im Januar 1933

## M 7

Der Reichspräsident hatte den Wunsch ausgesprochen, dass das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg verfassungsmäßig regiere. Der neue Kanzler kündigte im Rundfunk das Heilungsprogramm an: in dem ersten Vierjahresprogramm wird die Landwirtschaft kuriert, im zweiten kommt die Arbeiterschaft daran. Sofort aber soll der Bolschewismus vernichtet werden durch politische Entrechtung der kommunistischen Partei in Deutschland. Schon wird gearbeitet nach dem alten Rezept der Versammlungs- und Zeitungsverbote, der Verhaftungen.

## M 8

Unter Beteiligung ihrer drei Stadträte brachten uniformierte Nazisten die Fahne auf dem Rathausbalkon an. Bürgermeister Blumenstock [SPD] gab folgende Erklärung ab, der sich auch sein sozialdemokratischer Gesinnungsgenosse, Stadtrat Vestner anschloss: „Die Fahne, die jetzt auf dem Offenburger Rathaus gewaltsam gehisst werden soll, ist das Kampfsymbol einer politischen Partei, die die schärfste Gegnerin von politischen Ideen ist, denen ich mit dem Verstande und mit dem Herzen anhängen und denen ich gerade in dieser Stunde treu bleibe. Sie ist auch das Symbol der Partei, die meine nationale Gesinnung absprechen will. Ich glaube, dass auch meine politischen Gegner Verständnis dafür haben werden, dass ich in diesem Hause nicht arbeiten kann, bis dieser rechtswidrige Akt entweder legalisiert oder rückgängig gemacht worden ist. Ich bitte, mich solange zu beurlauben.“

M 7 Aus dem »D'r alt Offeburger« vom 4. Februar 1933.

M 8 »D'r alt Offeburger« vom 11. März 1933 zum Hissen der Hakenkreuzfahne am Offenburger Rathausbalkon.

M 9 Franz Kerber (NSDAP), Schriftleiter des »Alemannen« und Oberbürgermeister von Freiburg i. Br. (1933–1945).  
**Vorlage:** Stadtarchiv Freiburg M 734-20741



M 9

Zu diesem Zeitpunkt stellte die NSDAP bereits einige Sitze in den beiden Freiburger Ratsgremien und war mit 14 Stadtverordneten und drei Stadträten hinter Zentrum und SPD die drittstärkste Fraktion im Bürgerausschuss und im Stadtrat. Einer der Stadtverordneten der NSDAP war Franz Kerber, der Schriftleiter des nationalsozialistischen Kampfblatts *Der Alemanne* (M 9).

Dieser setzte alles daran, den amtierenden Oberbürgermeister Karl Bender (Zentrum) aus dem Amt zu drängen und selbst Oberbürgermeister zu werden (M 11). Dabei nutzte er seine Position als Hauptschriftleiter des *Alemannen*, um durch gezielte, stellenweise mehrseitige Verleumdungskampagnen (M 12), Druck auf Oberbürgermeister Bender aufzubauen, um diesen schließlich dazu zu bringen, sich auf eigenen Antrag aus gesundheitlichen Gründen zu beurlauben.

*Der Alemanne* war eine von den Nationalsozialisten herausgegebene Tageszeitung, die im Raum Freiburg seit dem 1. November 1931 erschien. Die Zielsetzung der Zeitung bestand laut Geleitwort der ersten Ausgabe darin, sowohl den politischen Tageskampf gegen die verlogene rote und schwarze Systempresse aufzunehmen als auch der zum Nationalsozialismus erwachenden dortigen Bevölkerung lang ersehntes eigenes Sprachrohr im Sinne der Idee Adolf Hitlers zu sein (*Der Alemanne*, 1. Ausgabe, 1. November 1931, S. 9).

Das Gewicht der politischen Presse war, gemessen an ihrer Auflage, mit ca. 70 Prozent der Tageszeitungen in Baden weitaus höher als das der nichtpolitischen. Gerade die kommunistischen und sozialdemokratischen Blätter standen im Fokus der Nationalsozialisten, als im Frühjahr 1933 erste »Säuberungen« durchgeführt wurden. Hauptnutznießer der Verbote der kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen war die NS-Presse um das Zentralorgan des Gaus herum, den seit 1927 in Karlsruhe erscheinenden *Führer*, aus welchem heraus 1931 auch *Der Alemanne* in Freiburg als Ableger entstand. Nicht zuletzt dieser Stellung der Zeitung war es zu verdanken, dass es Kerber gelang, Bender in erstaunlich kurzer Zeit, nämlich bereits am 9. April 1933, zum Rücktritt zu bewegen.

Zeitungen, die eher dem bürgerlichen Lager zuzuordnen waren, sowie die Zentrumspresse blieben in der frühen Phase der *Gleichschaltung* noch verschont. Mithilfe dreier Anweisungen, die der Präsident der Reichspressekammer im April 1935 erlassen hatte (*Amann-Anordnungen*), wurden jedoch sukzessive auch diese Zeitungen gleichgeschaltet, indem sie wirtschaftlich durch Verlagsanstalten übernommen wurden, die unter nationalsozialistischer Kontrolle waren.

In Freiburg gab es jedoch für die Bürgerinnen und Bürger neben dem nationalsozialistischen *Alemannen* auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten noch jahrelang zwei alternative Zeitungen: Die seit 1784 erscheinende *Freiburger Zeitung* war erst ab 1936 im Besitz der Vera Verlagsanstalt GmbH aus Berlin, einer Tochter des Zentralverlags der NSDAP, dem Franz-Eher-Verlag. Daneben existierte noch 1937 die *Freiburger Tagespost*, ein altes Zentrumsblatt, das auch nach 1933 noch in stark limitierter Auflage weiter publizieren konnte und erst 1940 von der *Freiburger Zeitung* übernommen wurde.

# Der Alemanne

Kampfblatt  
der Nationalsozialisten Oberbadens

Verlag: Führer-Verlag  
G.m.b.H., Zweigstelle:  
Lina Freiburg & Brugg,  
Kaiserstraße 24, Freiburg  
i. Br., P.O. 1067  
Zentrale: „Der Alemanne“,  
Kaiserstraße 24, 7800, Freiburg  
i. Br., Postfach 1067  
Lina Freiburg & Brugg  
Kaiserstraße 24, Postfach  
1067, Freiburg i. Br.,  
Postfach 1067, Freiburg i. Br.,  
Postfach 1067, Freiburg i. Br.

Abonnement monatl. 2.40  
M., 24 H., Postgebühren  
oder Kartenzahl. Die Ab-  
nehmer werden wieder-  
holt umsetzt. Bei Ausfall der  
Kartenzahl ist 24 H. voraus-  
zuzahlen. Schriftliche Anträge  
für Änderungen u. Kündigungen  
sind spätestens 10 Tage vor  
Zugangsende zu stellen.  
Die Geschäftszeiten sind  
in den Geschäftszeiten  
des Verlages zu entnehmen.  
Kontokorrent-Konten sind  
in den Geschäftszeiten  
des Verlages zu entnehmen.

3. Jahrgang — Folge 65

Montag, den 6. März 1933

Einzelpreis 15 Pfennig

3. Jahrgang — Folge 65

Montag, den 6. März

Wir grüßen in unerschütterlicher Treue unseren genialen Führer!

## Hitlers triumphaler Sieg

Die deutsche Revolution ist im Anmarsch / Das System des Verbrechens ist vernichtend geschlagen

## Heil unserem Führer!

Das Gesamtergebnis im Reich

3. Jahrgang — Folge 101

Dienstag, den 11. April 1933

Oberbürgermeister Dr. Bender für immer in Urlaub!  
Hr. Dr. Kerber als sein Nachfolger  
von der Bad. Regierung eingesetzt!

Freitag, den 10. März 1933

3. Jahrgang — Folge 69

Die deutsche Revolution setzt sich überall siegreich durch  
Das sterbende System wird ausgelöscht  
Reichskommissar Robert Wagner übernimmt das Regiment in Baden. Ungeheure Begeisterung  
überall. Was tut die Schattenregierung?

M 10 Collage aus Schlagzeilen  
des »Alemannen« vom 6.  
März, 10. März und 11. April  
1933.

Vorlage: Universitätsbibliothek  
Freiburg, public domain

### Didaktisches Potenzial der Quellen

Die Presse und ihre Erzeugnisse haben im Geschichtsunterricht einen enormen Wert, da sie auf der einen Seite eine unersetzliche Quelle für die öffentliche Darstellung historischer Ereignisse und somit das Denken und die Sprache in ihrer Zeit darstellen. Sie versetzen uns besser als viele anderen Quellen in die Lage historischer Zeitgenossen, da sie über das berichteten, was von allgemeinem Interesse war. Sie ermöglichen es uns nachzuvollziehen, in welcher Informationslage und Wahrnehmungsperspektive sich zeitgenössische Leserinnen und Leser befanden.

Auf der anderen Seite sind Journalistinnen und Journalisten und ihre Texterzeugnisse nicht nur Chronistinnen und Chronisten ihrer Zeit, sondern auch Protagonistinnen und Protagonisten und meinungsbildend tätig. Denn Zeitungen können Sprachrohr unterschiedlicher Richtungen, Meinungen und Stimmungen vor allem in politischen Umbruchsituationen sein und nehmen aus ihrer jeweiligen Position Stellung zu wichtigen politischen Ereignissen und Konflikten. Insbesondere die politische Presse bezieht oftmals eindeutige Positionen, für die sie bei ihren Leserinnen und Leser werben und in deren Sinne sie versuchen, öffentlich Einfluss zu nehmen.

Zeitungen erscheinen täglich, manchmal wöchentlich und zur Zeit der Weimarer Republik, der *Hoch-Zeit* der Massen- und Meinungspressen, erschienen sie stellenweise auch mehrmals am Tag.

Gerade im Falle der politischen Presse der Endphase der Weimarer Republik bieten solche Quellen ein großes Potenzial, Perspektivität kontrovers zu diskutieren. Durch den Vergleich von Zeitungen aus unterschiedlichen politischen Lagern können Standpunkte, Interessen, Wirkungsabsichten und Argumentationsmuster durch die Analyse zum Vorschein kommen. Auf diese Weise werden Ereignisse nicht als Fakten und Ergebnisse, sondern als verhandelbarer Gegenstand der Kontroverse dargestellt, wodurch der Konstruktcharakter von Geschichte deutlich gemacht werden kann.

Somit können auch die Erkenntnisse aus der Beschäftigung mit Geschichte als Orientierung zum Verständnis von Gegenwart und Zukunft genutzt werden. Insbesondere der enorme Wert der Presse als *Vierter Gewalt* (gemeinsam mit Rundfunk und Fernsehen) einer freiheitlichen Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft kann am Beispiel der *Gleichschaltung* der

liberalen Presse verdeutlicht werden (M 1).

Hierdurch ist die Beschäftigung mit der *Gleichschaltung* der liberalen Presse hochgradig anschlussfähig an die im *Leitfaden Demokratiebildung* formulierten Ziele, *Demokratiebildung als Aufgabe und Mehrwert für alle Beteiligten und alle Fächer in der Schule* [zu betrachten]. Vor allem das Fach Geschichte kann z. B. durch die Behandlung der Zeit des Nationalsozialismus dazu beitragen, die staatsbürgerliche Kompetenz auszubilden, zentrale Merkmale von Demokratie und Diktatur voneinander abzugrenzen, da durch die Kontrastierung demokratischer und autoritärer Regime ein wichtiger Schlüssel für die Wertschätzung von Demokratie und die Immunisierung gegen demokratiefeindliche Ideologien und Bewegungen liegt.

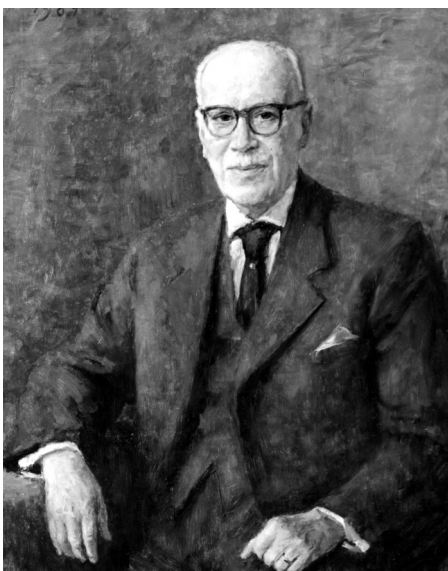
Gerade das aktuell zu beobachtende schwindende Vertrauen in politische Institutionen und Medien erhöht die Affinität zu populistischen und autoritären Denkmustern und die Empfänglichkeit für Verschwörungsmymen (Blume u. a.). Insofern ist mit der Behandlung von Presseerzeugnissen als historischen Quellen im Geschichtsunterricht die Möglichkeit verbunden, über das methodische Rüstzeug der Quellenkritik Medienkompetenz zu fördern, die die Schülerinnen und Schüler dahingehend befähigt, *Informationen zu sammeln, einzuordnen und angemessen zu bewerten* (Leitfaden Demokratiebildung S. 11), um damit *den Herausforderungen dieser Mediengesellschaft selbstbewusst und mit dafür erforderlichen Fähigkeiten begegnen zu können*. (Bildungsplan 2016, Leitperspektive Medienbildung).

Gleichzeitig müssen die Schülerinnen und Schüler lernen, dass Konflikte und Streit zum Wesen von Pluralismus und Vielfalt als Kernelementen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gehören und ein *konstruktiver Umgang mit Meinungs- und Interessensgegensätzen – immer auf Basis demokratischer Normen und Verfahrensregeln – [...] eines der zentralen Ziele von Demokratiebildung* ist (Leitfaden Demokratiebildung, S. 13). Dabei ist es unerlässlich, unterschiedliche Blickwinkel, widerstreitende Interessen und Wertorientierungen in Bezug auf ein Thema, eine Problemfrage oder einen Konflikt im Unterricht abzubilden, um damit Perspektivenvielfalt und Kontroversität konstruktiv im Unterricht einzusetzen. All dies kann am Beispiel der *Gleichschaltung* der liberalen Presse thematisiert werden.

Gleichzeitig wird es den Schülerinnen und Schülern durch die Beschäftigung mit regionalgeschichtlichen Beispielen ermög-

M 11 Dr. Karl Bender (Zentrum),  
Oberbürgermeister von  
Freiburg i. Br. (1922–1933).

**Vorlage:** Stadtarchiv  
Freiburg M 7070



Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, die Mehrheit von Freiburgs Bevölkerung wünscht, daß Sie verschwinden!

Laßt Zahlen sprechen!  
Entwicklung der Gehälter der Beamten und Angestellten der Stadt Freiburg i. Br. in den Jahren 1913, 1914, 1926, 1931

Der Druck auf die Tränenrüse, Frau Oberbürgermeister auf Propaganda-Fahrten für ihren Gemahl

Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, ist das vielleicht ein Beweis Ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung?

Der Verwaltungsapparat unter Dr. Bender wurde also nach diesen widerleglichen Ziffern mit jedem Jahr aufgeblähter, während die Bürgerschaft, insbesondere der Mittelstand, immer mehr ausgeräubert wurde und verarmte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bender! Wie kommen Sie als Kommunalpolitiker des zentromarxistischen Ausräubungssystems eigentlich dazu, unter der nationalen Regierung auch nur einen Tag in Ihrem Amt zu bleiben? Wie können Sie im Ernst verlangen, daß die nationale Bevölkerung Ihnen Vertrauen entgegenbringt? Treten Sie schleunigst zurück, Herr Oberbürgermeister. Die Bevölkerung hat keine allzu große Geduld!

# Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, die Mehrheit von Freiburgs Bevölkerung wünscht, daß Sie verschwinden!

## der Fall Schneller! Marxistische Asphaltliteraten, die verwöhnten Lieblinge des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Bender

Sie führen fort in der Aufzeichnung kommunalpolitischer Taten des Oberbürgermeisters Dr. Bender.

Nicht nur Anton Wendlich bekam für seine insofernzeitliche Tätigkeit als sachverständiger Sachverständiger, nach ein anderer rarer Sozialist wurde ihm großzügiger Rühmlichkeit unterstellt, der Gemeinwohl und öffentlichen Rang Schneller.

Der Vordenker bestand in Freiburg ein Blatt, in das sich „Hinter“ nannte. Derzeitige Schriftsteller war der gestimmte oberbürgermeisterliche, der Sozialdemokrat von Schneller. Sein vornehmliches Ziel war ein beherrschendes Blatt des Oberbürgermeisters Dr. Bender. Es bestand also grümmig ab.

Eines Tages hörte die Fremdenliste abgelegt in der „Hinter“ man die nächsten Aufzeichnungen. Eine herrliche Vergütung für dieses Maßnahme machte ihn stumm. Er soll eine feste Jahresvergütung von 6000 RM bekommen. Sie haben hier also die Zeit, daß die Stadt Freiburg unter Dr. Bender zwei schriftsteller begabte, deren Tätigkeit sich einmal von der SPD zu veröffentlichen geistlich nach, hängen von Herrn Dr. Bender in ein gefühlförderndes Leben gerufen wird, und in ein Schreiben heißt arbeitslose Jugendhilfe, behauptet nicht konzentriert zu werden müssen.

Sie haben hier über das heißt beherrschte Stadt Freiburg unter Dr. Bender zwei Schriftsteller, die in wirtschaftlich deutschen Sinne aufstrebende und wirtschaftliche Kultur vertrauen, noch nie Gehör finden konnten, im Gegenteil nur auf das Schrottlie abgelegt wurden.

Wenn Herr Dr. Bender sich bemüht, den Nationalen zu erbringen, daß er jemals für die nationalen Eliten als Träger eines unabhängigen Willens sich zeigen kann, daß er unabhängig, doch er gegen diese Selbstverleumdung an Unmündigkeit mit aller Energie protestiert hat, also der Welt etwas Nationalsozialistisches in seinem Inneren vertritt.

Herr Dr. Bender ist aber als Stadtoberhaupt für diese Dinge viel verantwortlich, er ist im Gegensatz, nachdrücklich gefördert und behält kommt er für Nationalsozialisten unzulänglich nicht mehr in Frage. Er muß aufwachen!

Sehr lahme und vergebliche Abwehrversuche!  
(Hier wegen Raummangel nicht vollständig veröffentlicht.)

Mitteilungen aus der Sitzung des Stadtsausschusses vom 7. April 1933 nennt Herr Oberbürgermeister Dr. Bender keine Antwort auf die Angriffe des „Alemanne“.

Dabei ist bemerkenswert, daß Herr Dr. Bender diese „Mitteilungen“ schon vor dem Beginn der Verhandlung festgelegt hat. Am wichtigsten behält er die Angaben des „Alemanne“ bezüglich der Unterhaltungen beim Bürgerausschuß, trüht sich nur damit, daß der Bericht nicht noch mehr, zu. Er muß eingehen, daß Mangel des Kontrahenten die Unterhaltungen erleichtert haben, wie sogar das Bericht festgelegt hat. Die Beamten treffen hier keine Schuld.

Im Falle Wendlich meint er, dieser Schriftsteller wäre aus der SPD, ausgetreten (wie wenn das eine Entschuldigung wäre). Er entnimmt dann eine seiner höchsten Verleumdungen, es seien ihm nicht 3000 RM ausbezahlt, sondern aufgerechnet worden. Die Angaben des Mannes seien unrichtig. Demgegenüber halten wir die Tatsache aufrecht, daß das höchste Gehalt des Herrn Dr. Benders mit 3000 RM konzentriert hat. Wenn der Herr Dr. Bender noch weiter behauptet, diese Tatsache wäre unrichtig, dann veröffentlichen wir die genaue Aufzeichnung mit der Gehaltsaufzeichnung und ihre eine Bemerkung. Sie Sie wünschen, Herr Dr. Bender!

Schließlich kommt der Schlußsatz, den wir der Originalität halber vollständig bringen:

3. Was die angelegten Symmetrieleistungen, die der Oberbürgermeister dem in der Stadtverwaltung befindlichen Stadtrat Grumbach und den anderen Stadtschülern im Gefolge geleistet haben soll, angeht, so wird öffentlich festgestellt, daß es sich hierbei um ein weiteres Schreiben des Oberbürgermeisters handelt, in dem dieser, zugleich namens der anderen Stadtschüler, dem seit über 24 Jahren in der Stadtverwaltung tätigen Rechtsanwalt Grumbach mit einigen unterirdischen Worten Teilnahme

## Laßt Zahlen sprechen! Entwicklung der Gehälter der Beamten und Angestellten der Stadt Freiburg i. Br. in den Jahren 1913, 1914, 1926, 1931

Jahr	Lehramt	Gehaltsamt	Öffentliche Dienstleistungen	Dezisionsstellenamt
1913	20 210	18 200	10 950	3 980
1914	30 510	19 600	10 950	3 980
1926	50 730	27 910	18 510	2 760
1931	56 955	48 475	24 259	3 152

Jahr	Lehrer	Beamtenamt	Lehreramt	Stadter
1913	10 260	18 210	28 625	10 830
1914	10 260	18 210	28 625	11 870
1926	36 650	31 570	73 420	9 700
1931	37 323	39 956	67 492	10 039

Jahr	Beamtliche Sammlungen	Verfahren	Städtische und Einkommensamt	Städtisches Amt und Wohnungsverwaltung 1914
1913	11 160	—	10 850	11 575
1914	10 960	3 400	10 850	11 596
1926	25 800	19 200	34 670	32 240
1931	43 230	26 440	18 248	14 043

Jahr	Gehaltsamt	Gehaltsverteilung (erst nach 1914)	Lehreramt	Schulverwaltungsamt (nach 1914)
1913	49 850	—	9 070	700
1914	49 850	—	9 110	700
1926	69 160	5 890	18 400	—
1931	81 016	6 868	17 985	—

Jahr	Zentralverwaltung	Höchstamt	Stadtsamt	Städtisches Amt	Städtisches Amt und Wohnungsverwaltung
1913	250 220	64 920	132 200	27 990	—
1914	338 800	62 120	126 250	27 990	—
1926	558 490	167 880	211 740	154 530	—
1931	600 935	229 206	359 330	241 216	—

Jahr	Städtisches Amt	Städtisches Amt	Gewerbesteuer	Städtisches Amt
1913	57 640	204 890	72 540	10 870
1914	55 530	219 590	72 890	10 890
1926	104 730	460 100	209 960	27 590
1931	162 965	626 738	342 063	40 027

Jahr	Schuldenamt	Erwerbsamt	Wasseramt	Gewerbesteuer
1913	37 820	206 425	28 500	6 220
1914	37 820	207 430	28 500	6 220
1926	48 100	325 870	38 900	13 690
1931	56 097	383 300	45 289	16 312

Jahr	Kaufkraft	Reineinkommen	Öffentliche Dienstleistungen und Realvermögen	Verwaltung des Städtischen Amtes
1913	2 650	2 160	3 770	28 140
1914	2 650	2 160	3 692	28 168
1926	6 950	2 692	6 540	40 930
1931	10 965	3 132	8 446	52 541

Jahr	Bevölkerung	Städtische Bevölkerung	Personenstand der Gesamtbevölkerung	Städtische Bevölkerung
1913	33 000	13 800	13 800 715	13 800
1914	33 000	13 800	13 800 715	13 800
1926	33 000	13 800	13 800 715	13 800
1931	33 000	13 800	13 800 715	13 800

Die Zahlen sind sämtlich den Voranschlägen entnommen!  
Zahlen sprechen und beweisen!

Der Verwaltungsskandal unter Dr. Bender wurde also nach diesen unumkehrlichen Ziffern mit jedem Jahr aufgeblähter, während die Bürgerschaft, insbesondere der Mittelstand, immer mehr ausgeräubert wurde und verarmte. Herr Oberbürgermeister Dr. Bender! Wie kommen Sie als Kommunalpolitiker des zentromarxistischen Ausräubungssystems eigentlich dazu, unter der nationalen Regierung auch nur einen Tag in Ihrem Amt zu bleiben? Wie können Sie im Ernst verlangen, daß die nationale Bevölkerung Ihnen Vertrauen entgegenbringt?

Treten Sie schleunigst zurück, Herr Oberbürgermeister. Die Bevölkerung hat keine allzu große Geduld!

bestundete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Stadt wohl bald zu Ende gehen werde. Von einer Stundgebung kann um so weniger die Rede sein, als dieses Schreiben, das auch feierlich kritisch gegenüber den sozialdemokratischen Maßnahmen enthält, rein intern behandelt worden ist. Bürger aufgepaßt! Wir sind in der peinlichen Lage, behauptet Schreiben im Wortlaut nunmehr veröffentlicht zu müssen!  
Freiburg, 14. März 1933.

Beifolgt  
Herrn Stadtrat Rechtsanwalt Grumbach  
Sehr geehrter Herr Kollege!  
Aus der seitigen Stadtratssitzung übermitteln Sie mir die Beschlüsse des Stadtrats mit

den aufrichtigen Bauern, daß die Kollegen unter den Folgen der unheilvollen Tat des Abgeordneten Wagners zu leiden haben. Sie sind uns alle bewußt, daß auch die Kollegen wie die gesamte Öffentlichkeit diese Wut auf das Unfassbare verurteilt. Der Stadtrat ist sich seiner der Stellung für, daß der Ton nicht mehr fern ist, an dem die verträgliche Schlichtung wieder aufgehoben werden wird.

Ich verzeihlicher Hochachtung und freundlichen Grüßen  
Dr. Bender  
Rum Wagners! Ist dieser Brief, dessen Abfassung in letzter Minute verhindert wurde, ein Symptom der Situation, oder nicht? Kann man hier von „Angebot“ reden? Sie dieses Schreiben etwas ein weiteres des Herrn Dr. Bender oder ist es nicht vielmehr ein weiteres des Oberbürgermeisters, weil ausdrücklich „Beifolgt“ oben drüber steht? Das sind keine Privatfragen, sondern es liegt hier auf der Hand, daß der Bericht des Herrn Oberbürgermeisters, den Mannen unrichtiger Angaben zu geben, in sich aufzuklären. Diesen Vorwurf muß vielmehr jeder der Mannen gegen den Herrn Oberbürgermeister erheben. Er überläßt das Urteil über das was richtig und was falsch ist, der Öffentlichkeit.

## Der Druck auf die Tränenrüse

Herr Oberbürgermeister auf Propagandafahrten für ihren Gemahl  
Aus gewissermaßen dieser letzten von uns nachdrücklich erfordern, daß die Frau Gemahlin des Herrn Oberbürgermeisters die Situation eingetrennt die heftigste Situation ihres Mannes zu retten sucht, indem sie eine heftige Propaganda für ihren Gemahl ausführt, und für ihren Mann prapart.

Dieses Vorgehen einer Dame in einem solchen Fall ist ungewöhnlich und deshalb nicht am Platz, weil es sich hier um eine politische Wahlkampfereignis handelt.

Die SPD würde es begrüßen, wenn Herr Oberbürgermeister Dr. Bender um diese Dinge weiterhin nicht kümmern wollte; sie würde sie damit selbst wieder erfordern und um eine unerschütterliche Schärfe erfordern.

## Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, ist das vielleicht ein Beweis Ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung!

Unter den führenden technischen Beamten in dem Inneren als Stadtoberhaupt gerippt auch unentgeltlich. Gewohnt ist ein hoher Gehalt zu bekommen, das in der Stadtverwaltung der Gehaltsempfänger tätig, von dem man weiß, daß er neben seinen unentgeltlichen öffentlichen Ämtern auch ein beträchtliches Gehalt der Stadtverwaltung hat, das als ein weiteres Zeichen seiner vorzüglichen Einstellung vorzuziehen eine glückliche Wahl besteht, damit nicht in den öffentlichen Dienst „gehoben“ werden soll!

Sie dieser Tätigkeit des Volkes, um so viele befähigte Techniker und Ingenieure mit hohen Gehältern zu erhalten, ist ein notwendiges Zeichen der Stadtverwaltung, ist auch in dem neu aufzubauenden Staat und in Freiburg ein verantwortungsbewusster Oberbürgermeister einbringen Gebot der Stunde, der niemals dulden kann, daß in den verschiedenen Bereichen mehrere Spezialisten sind, welche sich nicht kümmern, ihren dortigen Vorgesetzten das tägliche Brot rüchellos zu bezahlen.

Wenden Sie immer noch, Herr Oberbürgermeister, daß Sie der Mehrheit Ihrer Bürger gerecht sind, um Sie feierlich zum Ausdruck zu bringen, daß Sie ein Verhältnis zu den Leistungen ungleich weit höherer Betrag aus den Taschen der einheimischen Bevölkerung schon bedürftigen Steuerzahlern sich geben zu lassen als amtierende deutsche Beamte?

Derart abgeleitete Verträge sind während der Zeit Jahren bestehenden Not drüber stellen unmöglich und lassen jeden Wirtschaftungsverfall als Ursache verursachen und ganz anders unrichtig erfordern.

Unter Kampf gegen die Wirtschaft in Staat u. Gemeinden wird an dem einen schon über zehn Jahre bestehenden Programm gefordert, die hohen Gehälter, die die Beamten erhalten, sich angefallen hätte, schon vor Jahren sich zu bekommen zu wollen und nicht erst heute, nachdem jedes offene oder versteckte Entgeltentzug völlig aufzuheben ist.

Wir werden nicht an Ihnen, Herr Oberbürgermeister, auf diesem nicht ungewöhnlichen Wege die Notwendigkeit Ihres feierlichen Bekenntnisses, da uns Material entgegen zur Verfügung steht, das eine interessante Studie der Steuerpolitik darstellt.

(ausf.)



licht, einen eng auf ihre Lebenswelt bezogenen Zugang zur Geschichte zu erhalten. Hier können in der anschaulichen Beschäftigung mit der Geschichte vor Ort exemplarisch größere bzw. übergeordnete historische Zusammenhänge erfahrbar gemacht werden.

Die ausgewählten Quellen zu Offenburg und Freiburg können sowohl in der Sekundarstufe I in der Einheit *Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg* (Klasse 9) jeweils für sich als auch in vergleichender Perspektive in der Sekundarstufe II in der Einheit *Diktaturen im 20. Jahrhundert als Gegenentwürfe zur parlamentarischen Demokratie* (11.2) eingesetzt werden.

**M 13** Aus »Der Alemanne« vom 6. April 1933. Quelle im Original: [http://dlub.uni-freiburg.de/diglit/alemanne\\_1933/0971](http://dlub.uni-freiburg.de/diglit/alemanne_1933/0971)

*Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, die Mehrheit von Freiburgs Bevölkerung wünscht, daß Sie verschwinden!*

*[...] Am Anfang, als ihm die Einstellung der Nationalsozialisten unbegreiflicherweise noch nicht klar war, hat er sogar angedeutet, daß er zurücktreten wolle, wenn er auf nationalsozialistischer Seite kein Vertrauen finde. Denn Vertrauen müßte auf beiden Seiten vorhanden sein zu ersprießlicher Arbeit, sonst habe alles keinen Zweck. (Was übrigens sehr richtig ist). Und merkwürdig, als ihm freimütig gesagt wurde, daß dieses Vertrauen in der nationalsozialistischen Bevölkerung eben nicht vorhanden sei, ist er nicht zurückgetreten, sondern hat im Gegenteil erklärt, daß er auf Wunsch der Nationalsozialisten gar nicht zurückzutreten gedenke.*

*Damit, Herr Oberbürgermeister, haben Sie dem national gesinnten Teil der Freiburger Bevölkerung – und das ist die Mehrheit – den Kampf angesagt. Sie wagen es, den Willen der Freiburger Nationalsozialisten zu ignorieren. Sie wollen also gestürzt werden!*

*Das können Sie haben, Herr Oberbürgermeister, und »Der Alemanne« erlaubt sich, da etwas energisch nachzuhelfen, denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Vier Jahre braucht unser Führer, um aus Deutschland wieder einen ordentlichen Staat zu machen. Das ist für die schwere Aufgabe, die unser harret, eine kurze Zeit, es kommt auf jeden Tag an, wir wollen keinen ungenützt verstreichen lassen, wir dulden es vor allem nicht, daß ungeeignete Menschen hindernd im Wege stehen bleiben, anstatt das Feld zu räumen, wie das die Not der Zeit erfordert.*

*Wir erklären Ihnen, Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, daß die NSDAP. Ihr weiteres Verbleiben im Amt für unmöglich hält, es fehlt jedes Vertrauen zu Ihnen, Sie sind ein typischer Vertreter des alten Systems, haben ganz in dessen Sinn Ihre Kommunalpolitik betrieben, haben noch gar nicht begriffen, daß die Not des Volkes eine unverzügliche Anpassung des öffentlichen Haushalts an dieselbe dringend erfordert, Sie scheinen überhaupt noch gar nicht eingesehen zu haben, wozu die nationale und soziale Revolution in Deutschland berufen ist, denn sonst hätten Sie von der Möglichkeit eines freiwilligen Rücktritts klugerweise Gebrauch gemacht, und Sie hätten wenigstens das eine Verdienst, der NSDAP. in der Zeit, wo sie ohnehin sehr zu tun hat, nicht unnötigerweise kostbare Zeit geraubt zu haben [...]*

*Die NSDAP wird nicht eher Ruhe geben, als bis Sie verschwunden sind, Herr Oberbürgermeister Dr. Bender. [...] Wir verlangen eine nationalsozialistische Führung nicht nur im Staat, sondern auch in den Gemeinden. Nationalsozialistische Politik kann nur von Nationalsozialisten gemacht werden. Sie, Herr Dr. Bender, sind keiner und werden nie einer werden, also müssen Sie zurücktreten, oder die NSDAP. wird Sie stürzen, worauf Sie sich verlassen können.*

### Quellen online

*Der Alemanne*: [http://dlub.uni-freiburg.de/diglit/der\\_alemanne](http://dlub.uni-freiburg.de/diglit/der_alemanne)

*Der Führer*: <https://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/zeitungen/periodical/titleinfo/3066784>

*D'r Alt Offeburger*: <https://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/periodical/titleinfo/6082088>



### Literatur

Michael Blume, Florian Hellberg und Ulf Kerber: »Die Mächte dahinter«. Antisemitische Verschwörungsmythen im Social Web. In: Zeitschrift für Begegnung 1/2 (2021) S. 73–83.

Ernst Otto Bräunche: 1933 Machtergreifung in Freiburg und Südbaden. Katalog zur Ausstellung 1983 in der Universitätsbibliothek. Freiburg 1983.

Erwin Dittler: Adolf Geck (1854–1942). Ein Offenburger Sozialdemokrat in der Weimarer Republik. In: Die Ortenau 63 (1983) S. 234–273.

Konrad Dussel: Die Nazifizierung der deutschen Presse. Eine Fallstudie am Beispiel der Presse Badens 1932 bis 1944. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 161 (2013) S. 427–456.

Ders.: Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presselenkung? In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4 (2010) S. 543–561.

Ralf Müller: Franz Kerber: Nationalsozialist, Pragmatiker; Freiburger Oberbürgermeister, Soldat. In: NS-Belastete aus Südbaden. Hg. von Wolfgang Proske (Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus Baden-Württemberg 6). Gerstetten 2017. S. 210–234.

Joachim Scholtysek: Offenburg in den Jahren des »Dritten Reiches«. In: Offenburg 1919–1949. Zwischen Demokratie und Diktatur. Hg. von Klaus Eisele und Dems. Konstanz 2004. S. 239–321.

### \* Florian Hellberg, Heinke Roth, Tobias Roth

Florian Hellberg ist Gymnasiallehrer in Lahr/Schwarzwald, Landeskundebeauftragter an der ZSL-Regionalstelle Freiburg und Fachredakteur für Geschichte am Landesbildungsserver Baden-Württemberg.

Heinke Roth ist Gymnasiallehrerin in Neuenburg. Tobias Roth ist Gymnasiallehrer in Freiburg im Breisgau.

# Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



**Vor Ort und virtuell.  
Archive und Gesellschaft  
im digitalen Zeitalter:**  
Vorträge des 81. Südwest-  
deutschen Archivtags am  
19. und 20. Mai 2022  
Hg. von Ulrich Schludi  
Jan Thorbecke Verlag 2023  
108 Seiten, kartoniert  
€ 20,-  
ISBN 978-3-7995-2018-8



**Deuten und streiten, suchen  
und finden:**  
Neue Möglichkeiten der  
Kooperation zwischen Archiven  
und Geschichtswissenschaft  
beim Aufbau digitaler  
Infrastrukturen  
Hg. von Rainer Hering und  
Gerald Maier  
Jan Thorbecke Verlag 2023  
84 Seiten, kartoniert  
€ 19,-  
ISBN 978-3-7995-2037-9



**Barrierefreiheit im Archiv:**  
Der Zugang zu Archivgut  
am Beispiel gehörloser  
Nutzer\*innen  
Nora Wohlfarth  
Jan Thorbecke Verlag 2023  
116 Seiten, kartoniert  
€ 19,-  
ISBN 978-3-7995-1989-2



**Rechtsextremismus in der  
Bundesrepublik Deutschland.  
Kontinuität – Wandel –  
Herausforderungen**  
Band zur Auftakttagung  
der Dokumentationsstelle  
Rechtsextremismus am  
27. und 28. Januar 2021  
Herausgegeben von  
Wolfgang Zimmermann  
Verlag W. Kohlhammer 2022  
84 Seiten, kartoniert  
€ 10,-  
ISBN 978-3-17-042249-0



**»Ich kan yetzo nit mee ...«  
Johannes Reuchlin unterwegs  
im Dienst Württembergs**  
Begleitbuch und Katalog  
zur Ausstellung des Landes-  
archivs Baden-Württemberg,  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart  
Bearbeitet von Erwin  
Frauenknecht, unter  
Mitarbeit von Peter  
Rückert und Maren Volk  
Verlag W. Kohlhammer 2022  
118 Seiten, kartoniert  
€ 12,-  
ISBN 978-3-17-042567-5



**Trauer unterm Davidstern.**  
Malerei und Druckgrafik von  
Sibylle Mündel  
Begleitpublikation zur  
Ausstellung im Landesarchiv  
Baden-Württemberg,  
Staatsarchiv Ludwigsburg  
Verlag W. Kohlhammer 2022  
100 Seiten, kartoniert  
€ 10,-  
ISBN 978-3-17-042250-6



Die Bände sind im Buchhandel  
oder direkt beim Verlag erhältlich.  
Alle Neuerscheinungen finden  
Sie auf der Website des Landes-  
archivs Baden-Württemberg  
([www.landearchivbw.de](http://www.landearchivbw.de)) unter  
»Landesarchiv > Publikationen«.



Archivnachrichten und Quellen  
für den Unterricht finden Sie  
auch auf der Website des Landes-  
archivs Baden-Württemberg  
([www.landearchiv-bw.de](http://www.landearchiv-bw.de)) unter  
»Landesarchiv > Publikationen >  
Archivnachrichten«.



Zudem finden Sie auf der  
Website des Landesarchivs  
([www.landearchiv-bw.de](http://www.landearchiv-bw.de)) aktuelle  
Berichte, Veranstaltungshinweise  
und vielfältige digitale Angebote.